



Telefonat der Bundeskanzlerin mit dem libanesischen Staatspräsidenten Suleiman

Telefonat der Bundeskanzlerin mit dem libanesischen Staatspräsidenten Suleiman
Bundeskanzlerin Angela Merkel hat heute ein ausführliches Telefonat mit dem libanesischen Staatspräsidenten Michel Suleiman geführt. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die politische Lage im Libanon und der Region, insbesondere die Auswirkungen des Konflikts im Nachbarland Syrien. Die Bundeskanzlerin unterstrich, dass Deutschland der Wahrung der Stabilität des Libanon hohe Bedeutung beimesse. Insbesondere begrüßte die Bundeskanzlerin die Designierung von Tammam Salam zum neuen Premierminister durch Staatspräsident Suleiman. Sie drückte ihre Hoffnung aus, dass die Gespräche zur Bildung einer Übergangsregierung bald erfolgreich abgeschlossen werden können. Die Bundeskanzlerin würdigte die großzügige Aufnahme von mehr als vierhunderttausend syrischen Flüchtlingen durch den Libanon. Die Zahl der von den Vereinten Nationen registrierten syrischen Flüchtlinge im Libanon entspricht inzwischen etwa zehn Prozent der libanesischen Bevölkerung. Die Bundeskanzlerin betonte, dass Deutschland dem Libanon in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen umfangreiche Hilfe zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms aus Syrien leiste und das Land auch künftig nach Kräften unterstützen werde.
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 01888 / 272 - 0
Telefax: 01888 / 272 - 2555
Mail: InternetPost@bundesregierung.de
URL: <http://www.bundesregierung.de/>

Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".